

13. Beratung: Gewährung einer Zuwendung an die Gemeinde Grünheide (Mark) für die Neugestaltung des Bahnhofsumfeldes Fangschleuse (Neubau) in den Jahren 2024-2026
Beschlussvorlage: 068/2023
14. Beratung: Grundsatzbeschluss zur Vorbereitung des Neubaus eines straßenbegleitenden Radweges parallel zur Kreisstraße K 6740, Abschnitt 010, untergliedert in zwei Bauabschnitte: 1. BA Ortsausgang Demnitz bis Ortseingang Steinhöfel und 2. BA von der L 38 bis Ortseingang Demnitz
Beschlussvorlage: 069/2023
15. Beratung: 3. Fortschreibung des integrierten Abfallwirtschaftskonzeptes (AWIKO) für den Landkreis Oder-Spree 2022
Beschlussvorlage: 063/2023
16. Beratung: Schaffung zusätzlicher Raumkapazitäten an der Erich Kästner - Schule Fürstenwalde, Schule mit dem sonderpädagogischen Förderschwerpunkt „Lernen“
Beschlussvorlage: 070/2023
17. Beratung: Änderung der Satzung des Landkreises Oder-Spree über die Abfallentsorgung - Abfallentsorgungssatzung
Beschlussvorlage: 060/2023
18. Beratung: Änderung der Satzung des Landkreises Oder-Spree über die Erhebung von Gebühren für die Abfallentsorgung - Abfallgebührensatzung
Beschlussvorlage: 061/2023
19. Beratung: Änderung der Satzung des Landkreises Oder-Spree über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Abfallentsorgungsanlagen - Benutzungsgebührensatzung
Beschlussvorlage: 062/2023
20. Beratung: Rettungsdienstgebührensatzung 2024
Beschlussvorlage: 071/2023

II. Nichtöffentlicher Teil:

1. Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 27.09.2023 - nichtöffentlicher Teil
2. Entscheidung: Genehmigung einer Eilentscheidung nach § 58 Brandenburgische Kommunalverfassung (BbgKVerf)
Vergabe von Bauleistungen Los 02 Außenanlagen am Objekt ALM und FKTZ, Lise-Meitner-Str. 11/12 in Fürstenwalde (Spree)
(Vergabenummer: 65 04 1070 23, BID 2865)
Beschlussvorlage: 059/2023
3. Beratung: Begründung eines Beamtenverhältnisses ab Besoldungsgruppe A 13 des höheren Dienstes im Ergebnis eines Bewerberauswahlverfahrens gemäß § 20 Absatz 2 Nummer 1 Hauptsatzung für den Landkreis Oder-Spree
Beschlussvorlage: 057/2023

4. Beratung: Bestellung zur Dezernentin bzw. zum Dezernenten des Dezernates I Begründung eines Beamtenverhältnisses ab Besoldungsgruppe A 13 des höheren Dienstes im Ergebnis eines Bewerberauswahlverfahrens gemäß § 20 Absatz 2 Nummer 1 Hauptsatzung für den Landkreis Oder-Spree
Beschlussvorlage: 073/2023
5. Kreisausschuss als Vergabeausschuss
- 5.1. Vergabe von Lieferleistungen Containeranlage Fuchsbau zur Miete

Zu TOP 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende des Kreisausschusses, Herr Steffen, eröffnet die 39. Sitzung des Kreisausschusses und begrüßt alle Anwesenden vor Ort und als Onlineteilnehmer Herrn Christian Schroeder und Frau Bettina Lehmann, die als Nichtmitglied des Kreisausschusses ihr passives Teilnahmerecht wahrnimmt. Für eventuelle Fragen zu den Beschlussvorlagen der KWU sei Frau Drawe online zugeschaltet.

Die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit wird festgestellt.
Einwendungen liegen nicht vor.

Weiterhin informiert Herr Steffen, dass Herr Dr. Zeschmann kein Mitglied mehr der Fraktion BVB/Freie Wähler sei. Den Vorsitz habe Herr Kai Hamacher übernommen.
Ein Antrag der Fraktion BVB/Freie Wähler zur Neubesetzung des Kreisausschusses liege vor.

Zu TOP 2 Bestätigung der Tagesordnung

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass es Änderungen in der Tagesordnung gebe. Zum einen sei als neuer TOP 6 der Antrag 17/DIE LINKE/2023/NEU aufzunehmen, da dieser im Kreistag am 11.10.2023 zurückverwiesen worden sei. Die neu hinzugekommene Tischvorlage – BV 072/2023 – „Außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen im Haushaltsjahr 2022“ - müsse als TOP 9 aufgenommen werden. Im nichtöffentlichen Teil werde es anstelle der Information zur Ausschreibung der Leitung des Dezernates I eine Beschlussvorlage 073/2023 geben.

Weitere Änderungen und Anmerkungen werden nicht vorgetragen, so dass Herr Steffen die Sitzung nach der neuen Tagesordnung fortsetzt.

zugestimmt

Zu TOP 3 Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 27.09.2023 - öffentlicher Teil

Der Vorsitzende stellt fest, dass keine Hinweise oder Änderungsvorschläge zur Niederschrift vom 27.09.2023 – öffentlicher Teil - eingegangen sind und bittet um Abstimmung.

einstimmig zugestimmt

Zu TOP 4 Information: Arbeit des Beirates für Beschäftigungsförderung

Der Vorsitzende übergibt das Wort an Herrn Dr. Pech, der im Vorfeld um die Aufnahme des Punktes - Arbeit des Beirates für Beschäftigungsförderung - gebeten habe.

Herr Dr. Pech richtet seine Worte an die Fraktionen und bittet um Klärung, wie die Mitarbeit im Beirat durch die Vertreter aus den Fraktionen des Kreistages für die verbleibende Zeit der Wahlperiode abgesichert werden könne.

Hinsichtlich der jüngsten Sitzung des Beirates seien die Mitglieder eindeutig in der Minderheit gewesen. Es sei für die Tätigkeit eines solchen Organs beschämend, dass nicht einmal die Vertreter aus den eigenen Reihen anwesend seien.

Seine zweite Bitte richtet Dr. Pech an die Verwaltung. Er schlägt vor, dass man die nicht dem Kreistag angehörenden Mitglieder anschreiben und darauf aufmerksam machen möge, dass, wenn einer Berufung einmal zugestimmt wurde, die Teilnahme auch gesichert werden solle.

Der Vorsitzende schließt sich der Bitte an, dass man die Beiratsmitglieder an ihre Verantwortung erinnern sollte.

Weitere Wortmeldungen werden nicht festgestellt.

Zu TOP 5 Erörterung Mehrbelastungsausgleich bei Flüchtlingen

Der Vorsitzende erinnert, er habe im Rahmen des letzten Geschäftsberichtes im Kreistages die Anregung gegeben, ob man Kommunen, in denen Geflüchtete untergebracht sind, in Form einer finanziellen Zuwendung für bestimmte Mehrbelastungen, finanziell ausgleichen solle. Der Bund habe zugesichert, an die Kommunen 7.500 Euro pro zugewiesenen Geflüchteten pro Jahr an Mitteln zur Verfügung zu stellen.

Er schlägt vor, dass man sich an den Zuweisungszahlen, wie sie nach dem Zuweisungssoll nach Landesaufnahmegesetz sind, orientieren könne. Das seien im Jahr 2023 1.241 Menschen, die dem Landkreis zugewiesen werden. Er halte das für die einfachste Variante, anstatt besondere statistische Erhebungen zu machen.

Der Vorsitzende schlägt vor, dass man sich zu gegebener Zeit über die Höhe verständigen werde, wenn in der Verwaltung Klarheit vorliege, wie die Mitteldurchreichung an die Kommunen tatsächlich statfinde. Bis zur nächsten Kreistagsitzung werde eine entsprechende Beschlussvorlage vorbereitet.

Herrn Luhn wird das Wort erteilt. Er schildert, dass durch die zentrale Aufnahmestelle in Eisenhüttenstadt im Pass- und Meldewesen 1,5 Arbeitskräfte allein damit beschäftigt seien, nur diese Aufnahme zu erledigen. Durch den Wegfall dieser Kräfte haben Bürger schlechtere Bedingungen und längere Wartezeiten zu ertragen. Hierfür müsse eine Regelung geschaffen werden.

Herr Fachtan meldet sich zu Wort und möchte wissen, wie die Deckungslücke geschlossen werde, die unweigerlich mit den vom Bund zur Verfügung gestellten Mitteln entstehe, wenn die Kreise mit den minderjährigen Flüchtlingen etwa 60.000 bis 70.000 Euro im Jahr aufbringen müsse.

Der Vorsitzende erklärt, dass der finanzielle Aufwand durchaus berechnet werden, er es aber aus dem Stand nicht beziffern könne.

Er schildert, dass es durch die Grenzkontrollen insgesamt zu einem Rückgang der illegalen Migration gekommen sei, aber zu einer höheren Zahl von aufgegriffenen jungen Menschen. Dadurch sei der Aufwand bzw. Betreuungsaufwand für die unbegleiteten Minderjährigen durchaus höher. Hierzu gebe es aber auf Seiten des Landes Bemühungen durch zentrale Clearingstellen. Eigene Berechnungen könne man diesen Zahlen dann gegenüberstellen.

Herr Buhrke geht kurz auf die Frage von Herrn Fachtan ein und informiert, dass die vom Bund bereitgestellten Mittel einen ergänzenden Betrag für die insgesamten Aufwendungen darstelle.

Der Vorsitzende verspricht die Einbeziehung in anstehende Überlegungen zu der von Herrn Luhn aufgeworfenen Problematik.

Weitere Wortmeldung gibt es nicht.

Zu TOP 6 Beratung: Errichtung von Unterkünften für die Unterbringung von dem Landkreis zugewiesenen geflüchteten Personen in Schöneiche bei Berlin
Vorlage: 17/DIE LINKE/2023/NEU

Herrn Dr. Pech wird das Wort erteilt. Er erinnert, dass es für die Errichtung von Unterkünften für Geflüchtete in Schöneiche schon einen Jahre zurückliegenden Beschluss des Kreistages gebe. Von daher sei nichts mehr zu beschließen, sondern stehe die Frage nach der Umsetzung. Er führt an, dass im letzten Finanzausschuss darauf verwiesen worden sei, dass es zwischen der Verwaltung und dem Bürgermeister diesbezüglich ein Gespräch geben werde. Er erwarte, im Ergebnis Informationen zu erhalten.

Der Vorsitzende stellt klar, dass dieses Vorhaben nicht im Haushaltsplan enthalten sei. Er bestätigt aber, einen Vor-Ort-Termin mit dem Bürgermeister, Herrn Steinbrück, vereinbart zu haben. Letztlich liege es aber beim Kreistag, wie er in dieser Sache entscheidet. Kommt man zu dem Schluss, von diesem Projekt Abstand zu nehmen, müsse das der Kreistag noch einmal beschließen.

Herr Dr. Pech ergänzt, dass diese Investition nicht nur ein Kostenfaktor darstelle, sondern auch Einnahmen damit verbunden seien, im Idealfall kostendeckend.

Herr Fachtan bittet zu beachten, dass es nicht Kernbereich der Tätigkeit des Landkreises sei, Wohnungen zu bauen. Er erinnere sich, dass eine Bewilligung zu diesem Projekt mit einer Erwartung von Fördermitteln verbunden gewesen war. Habe sich diese Situation geändert, bedürfe es schon deshalb einer neuen Entscheidung.

Herr Dr. Pech präzisiert, dass die Argumentation „Wohnungsbau ist nicht Sache des Landkreises“, an der Sache vorbeigehe, denn es gehe um die Errichtung von Unterkünften für Geflüchtete. Dass das in der baulichen Realisierung Wohnungen sein sollen, habe den Grund, dass es keine verlorene Investition sein solle. Für den Fall, dass einmal keine Flüchtlinge unterzubringen sind, wäre es eine sinnvolle Verwendung, die gewährleistet bleibe.

Herr Buhrke erklärt, dass sich das Grundstück schon immer im Besitz des Landkreises befand. Es handele sich um ein Altgrundstück, was man im Rahmen der Vermögensübertragung bekommen und aktiviert habe. Man sei von dem Charakter, dass es vorher unbepannter Innenbereich war und jetzt ein B-Plan ist, bevorteilt, könne aber daraus keine Pflichten ableiten. Förderungen für den sozialen Wohnungsbau und den Bau von Flüchtlingswohnungen seien unterschiedlich. Er begründet, dass es die Umsetzung in den vergangenen Jahren ein Stück weit schwierig gemacht habe, da es eine auskömmliche Finanzierung, die alles abgedeckt hätte, nicht gegeben habe und Klarheit über die restliche Finanzierung fehlte.

Er führt weiter an, dass im Haushalts- und Finanzausschuss über den Antrag nicht abgestimmt worden sei, man die Sache abwarten werde und davon abhängig mache, ob der Antrag aufrecht gehalten werde oder nicht. Die Umsetzung dieses Projektes könne möglicherweise auch mit der Übertragung in einer anderen Trägerschaft erfolgen.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, schlägt der Vorsitzende vor, den pragmatischen Weg, wie im Haushalts- und Finanzausschuss, zu gehen und über den Antrag nicht abzustimmen, da er für die Tagesordnung im Kreistag ohnehin vorgesehen sei.

ohne Abstimmung

Zu TOP 7 Beratung: Schulspeisung an den Schulen in Trägerschaft des Landkreises Oder-Spree Vorlage: 13/DIE LINKE/2023/NEU/NEU/1

Frau Heinrich erklärt, dass aufgrund mangelnder Informationen der Antrag mehrmals zurückgestellt worden sei und infolge dessen eine sehr umfangreiche Befragung stattgefunden habe, die sehr aussagekräftig sei. Das Ergebnis habe ergeben, dass zurzeit 821 Schüler an Schulen in Trägerschaft des Landkreises an der Essensversorgung teilnehmen, circa 100 Schüler mehr würden ebenfalls daran teilnehmen wollen.

Sie unterstreicht, dass das Anliegen dieses Antrages zu einer bezahlbaren Versorgung sowie größeren Beteiligung führen solle. Für die derzeit teilnehmenden Kinder liege die Belastung bei ca. 295.000 Euro, für 100 weitere Kinder bei ca. 320.000 Euro.

Sie bittet dringend darum, diesen Antrag im Kreistag zur Abstimmung zu bringen.

Frau Zarlning ergänzt, dass man den Antrag im letzten Bildungsausschuss ausführlich besprochen habe, der aber mehrheitlich abgelehnt worden sei. Aus dem Rücklauf einer Befragung der Schüler an den in Trägerschaft des Landkreises befindlichen Schulen sei klar zu erkennen, dass nicht der Preis das Kriterium dafür sei, nicht an der Schulspeisung teilzunehmen. Gerade an weiterführenden Schulen werden andere Versorgungsformen, wie Cafeteria, Supermarkt etc., genutzt. Kinder, die aus Familien, die im Transferleistungsbezug sind, würden das Essengeld vom Sozialleistungsträger erstattet bekommen.

Herr Dr. Stiller moniert die zur Abwertung führenden Argumente.

Frau Zarlning bemerkt hierzu, dass man kaum sich an der Ausschreibung beteiligende Unternehmen finde und somit kein ausreichender Wettbewerb vorhanden sei. Gleichwohl löse Bildung und Teilhabe einen Bedarf aus, wenn kein ausreichendes Einkommen vorhanden sei, um Kosten der Unterkunft und das Lebens zu sichern, aber auch die Klassenfahrt der Kinder und das Schulessen.

Frau Heinrich unterstreicht noch einmal, dass durchaus der Preis eine Rolle spiele und bezieht sich hierbei auf die Befragung am Gymnasium in Erkner.

Herr Schroeder, als Onlineteilnehmer, hinterfragt, wie hoch die zu erwartenden jährlichen Kosten seien. Er komme auf ca. 200.000 bis 500.000 Euro, wenn man mit einer Bezuschussung von 2 bis 3 Euro rechne.

Frau Heinrich verliest, dass sie mit einer Unterstützung von 2 Euro pro Essen gerechnet habe und bei einer Essenbeteiligung von 821 Schüler auf 295.000 Euro komme. Bei einer Kalkulation von 100 weiteren Schülern rechne man mit 320.000 Euro.

Herr Schroeder bittet zu beachten, dass die aktuellen Preise mit 7 Prozent Mehrwertsteuer ausgelegt seien, Schulessen ab 01.01.2024 aber mit 19 Prozent Mehrwertsteuer belegt werden.

Herr Aulich erinnert, dass diese Diskussionen nicht in den Kreisausschuss gehören, sondern in die Fachausschüsse.

Der Vorsitzende bittet um Abstimmung für die Überweisung an den Kreistag.

mehrheitlich zugestimmt

Ja 5 Nein 5 Enthaltung 2

**Zu TOP 8 Beratung: Schulgebundene Hausmeister an den Schulen in
Trägerschaft des Landkreises Oder-Spree
Vorlage: 19/DIE LINKE/2023**

Herr Dr. Stiller erklärt, dass man im Ergebnis der Ausschussberatung eine Überarbeitung beabsichtige und bittet um Zurückstellung des Antrages.

Frau Heinrich bittet die Verwaltung zu überprüfen, ob die Hausmeisterstelle an der Oberschule in Erkner zu 100 Prozent besetzt werden könne, da es arge Probleme hinsichtlich von Vandalismus gebe.

zurückgestellt

**Zu TOP 9 Beratung: Außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen im
Haushaltsjahr 2022
Vorlage: 072/2023**

Herr Buhrke begründet die Vorlage und Beteiligung des Kreistages mit der Höhe der Aufwendungen/Auszahlungen. Es handele sich um die nachträgliche Zuordnung der Landeszuweisung und letztendlich um Abschlussbuchungen.

Wortmeldungen gibt es nicht.

Der Vorsitzende bittet um Abstimmung der Vorlage für die Überweisung an den Kreistag.

einstimmig zugestimmt

Nein 0 Enthaltung 0

**Zu TOP 10 Beratung: Entwurf Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das
Haushaltsjahr 2024
Vorlage: 064/2023/1**

Herr Buhrke hält fest, dass im Vorfeld viele Gespräche stattgefunden haben, die einen oder anderen noch ausstehen. In den Fachausschüssen sei der Entwurf umfangreich diskutiert worden. Über Abweichungen gebe es nichts zu berichten.

Herr Papendieck hinterfragt die Planungsstelle für die Bearbeitung von Bauanträgen, ob weiterer Bedarf eingeplant sei.

Herr Gehm antwortet und stellt fest, dass es zu Verzögerungen bei der Bearbeitung eher durch die Beteiligung externer Behörden bzw. auch der Umweltbehörde im Landkreis komme.

Weiterhin bittet Herr Papendieck um Mitteilung des Sachstandes zum Thema Altersheim in Eisenhüttenstadt.

Herr Buhrke teilt mit, dass man mit der Planung für das Heim gut dastehe. Die Finanzierung sei ein Punkt, der zu klären ist. Die GmbH werde eine Beteiligung auch des Landkreises benötigen. Für den nächsten Ausschuss werde eine Beschlussvorlage mit einer ausführlichen Darstellung vorbereitet.

Herr Fachtan möchte wissen, ob die Schieflage beim Bund, hinsichtlich finanzieller Mittel, Auswirkungen auf den Kreishaushalt 2024 haben werde.

Herr Buhrke führt dazu aus, dass der Kreishaushalt nicht gefährdet sei, lediglich die Zukunftsinvestitionen können sich verzögern.

Herr Gebauer stellt die Frage, wie im Haushalt 2024 mit dem Defizit von 16 Millionen Euro umgegangen werde.

Herr Buhrke geht kurz darauf ein und gibt an, dass man in den künftigen Haushalten sich damit befassen müsse, wie man das Defizit wegbekommen könne. Durch Investitionen wolle man das Defizit im Haushalt 2025 ausgleichen. Ideen seien gefragt, wie man schon bei der Bewirtschaftung des Haushaltes das Defizit gegebenenfalls noch senken könne.

Weitere Wortmeldungen gibt es nicht.

Der Vorsitzende bittet um Abstimmung der Vorlage für die Überweisung an den Kreistag.

einstimmig zugestimmt

Nein 0 Enthaltung 0

**Zu TOP 11 Beratung: ÖPNV-Investitionsplan für das Jahr 2024
Vorlage: 058/2023**

Erörterungsbedarf gibt es nicht.

Der Vorsitzende bittet um Abstimmung der Vorlage für die Überweisung an den Kreistag.

einstimmig zugestimmt

Nein 0 Enthaltung 0

**Zu TOP 12 Beratung: Gewährung einer Zuwendung an die Schöneicher-
Rüdersdorfer Straßenbahn GmbH zum Kauf einer barrierefreien 4.
Straßenbahn im Jahr 2024
Vorlage: 067/2023**

Wortmeldungen gibt es nicht.

Der Vorsitzende bittet um Abstimmung der Vorlage für die Überweisung an den Kreistag.

einstimmig zugestimmt

Nein 0 Enthaltung 0

**Zu TOP 13 Beratung: Gewährung einer Zuwendung an die Gemeinde Grünheide (Mark) für die Neugestaltung des Bahnhofsumfeldes Fangschleuse (Neubau) in den Jahren 2024-2026
Vorlage: 068/2023**

Herr Heisel betont, dass es keinen Widerspruch hinsichtlich der Zuwendung an die Gemeinde Grünheide gebe, möchte aber wissen, ob mit der Nutzung von Anteilen durch Tesla auch eine Kostenübernahme verbunden sei.

Herr Gehm informiert, dass man hierfür nicht zuständig sei, da die Eisenbahnanlage von der Deutschen Bahn geplant, gebaut und bezahlt werde. Die Gemeinde werde nur in Bezug auf den Vorplatz unterstützt.

Herr Dr. Pech möchte wissen, ob er es richtig verstehe, dass man keinen Gesamtüberblick über das Vorhaben habe.

Herr Dr. Stiller hat zur Vorlage eine konkrete Frage und verliert den Teil zu den finanziellen Auswirkungen: „Die Zuwendungen des Landkreises in Höhe von insgesamt 220.000 Euro soll durch den ausstehenden Zuwendungsbescheid des Landes für das Haushaltsjahr 2024 sowie Mitteln aus der Rücklage finanziell untersetzt werden.“

Er möchte konkret wissen, ob man Geld vom Land zurückbekomme, wenn man Grünheide unterstütze.

Herr Buhrke antwortet und vergleicht das Ganze mit dem beschlossenen ÖPNV-Investitionsplan, der sich auch mit solchen Anlagen beschäftige. Er erklärt, dass man vom Land Geld erhalte, um letztendlich einen bestimmten Anteil dieser Zuweisung auch für Investitionen einzusetzen.

Man sei ein weiterer Förderer der Gemeinde und die Gemeinde sei Bauherr. Die Größe einer solchen Anlage richte sich immer nach dem Bedarf, der hier durch die Verlegung des gesamten Bahnhofes aufgetreten sei und Grünheide den Anschluss schaffen müsse.

Herr Buhrke bestätigt die Worte von Herrn Gehm, dass die Bahnanlagen nicht die Aufgabe des Kreises und der Gemeinde seien, dennoch die Vorplätze so gestaltet werden müssen, dass der Verkehr abfließen könne. Von daher sei das Ganze ein förderfähiges Vorhaben und gesondert ausgewiesen. Die Refinanzierung sei immer gleich, da es sich um investive Zuweisungen des Landes und zweckgebundene Mittel handele.

Herr Papendieck schlägt vor, sich gemeinsam mit Tesla an einen Tisch zu setzen, sie in den Fachausschuss für Ländliche Entwicklung und Kreisentwicklung einzuladen, wo sie dann darlegen könnten, was sie bereits im Bereich Infrastruktur schon geleistet und bezahlt haben und was weiter geplant sei.

Weitere Wortmeldungen gibt es nicht.

Der Vorsitzende bittet um Abstimmung der Vorlage für die Überweisung an den Kreistag.

einstimmig zugestimmt

Nein 0 Enthaltung 1

Zu TOP 14 **Beratung: Grundsatzbeschluss zur Vorbereitung des Neubaus eines straßenbegleitenden Radweges parallel zur Kreisstraße K 6740, Abschnitt 010, untergliedert in zwei Bauabschnitte: 1. BA Ortsausgang Demnitz bis Ortseingang Steinhöfel und 2. BA von der L 38 bis Ortseingang Demnitz**
Vorlage: 069/2023

Wortmeldungen gibt es nicht.

Der Vorsitzende bittet um Abstimmung der Vorlage für die Überweisung an den Kreistag.

einstimmig zugestimmt

Nein 0 Enthaltung 0

Zu TOP 15 **Beratung: 3. Fortschreibung des integrierten Abfallwirtschaftskonzeptes (AWIKO) für den Landkreis Oder-Spree 2022**
Vorlage: 063/2023

Wortmeldungen gibt es nicht.

Der Vorsitzende bittet um Abstimmung der Vorlage für die Überweisung an den Kreistag.

einstimmig zugestimmt

Nein 0 Enthaltung 1

Zu TOP 16 **Beratung: Schaffung zusätzlicher Raumkapazitäten an der Erich Kästner - Schule Fürstenwalde, Schule mit dem sonderpädagogischen Förderschwerpunkt „Lernen“**
Vorlage: 070/2023

Wortmeldungen gibt es nicht.

Der Vorsitzende bittet um Abstimmung der Vorlage für die Überweisung an den Kreistag.

einstimmig zugestimmt

Nein 0 Enthaltung 0

Zu TOP 17 **Beratung: Änderung der Satzung des Landkreises Oder-Spree über die Abfallentsorgung - Abfallentsorgungssatzung**
Vorlage: 060/2023

Wortmeldungen gibt es nicht.

Der Vorsitzende bittet um Abstimmung der Vorlage für die Überweisung an den Kreistag.

einstimmig zugestimmt

Nein 0 Enthaltung 0

**Zu TOP 18 Beratung: Änderung der Satzung des Landkreises Oder-Spree über die Erhebung von Gebühren für die Abfallentsorgung - Abfallgebührensatzung
Vorlage: 061/2023**

Wortmeldungen gibt es nicht.

Der Vorsitzende bittet um Abstimmung der Vorlage für die Überweisung an den Kreistag.

einstimmig zugestimmt
Nein 0 Enthaltung 0

**Zu TOP 19 Beratung: Änderung der Satzung des Landkreises Oder-Spree über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Abfallentsorgungsanlagen - Benutzungsgebührensatzung
Vorlage: 062/2023**

Wortmeldungen gibt es nicht.

Der Vorsitzende bittet um Abstimmung der Vorlage für die Überweisung an den Kreistag.

einstimmig zugestimmt
Nein 0 Enthaltung 0

**Zu TOP 20 Beratung: Rettungsdienstgebührensatzung 2024
Vorlage: 071/2023**

Herr Buhrke übernimmt das Wort und erläutert inhaltlich die Vorlage anhand der vorliegenden Sachdarstellung. Er betont, dass seit dem letzten Jahr alle Satzungen im Land Brandenburg mit dem Normkontrollverfahren entstehen, wo es um grundsätzliche Fragen gehe, die der Rettungsdienst nicht selbst organisieren könne. Er sei vielmehr Gesetzesanwender und habe sich nach dem für ihn verbindlichen, landesgesetzlichen Rahmen zu richten. Für strittige Fragen seien Rücklagen zu bilden.

Diskussionen werden hierzu nicht geführt, weitere Wortmeldungen werden nicht festgestellt.

Der Vorsitzende bittet um Abstimmung der Vorlage für die Überweisung an den Kreistag.

einstimmig zugestimmt
Nein 0 Enthaltung 0

Frank Steffen
Vorsitzender
des Kreisausschusses

Birgit Richter
Protokollantin